

THEMA IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

vor fast genau einem Jahr wurde Christian Wulff zum Ministerpräsidenten gewählt. Doch von den schönen Sprüchen im Wahlkampf ist nichts geblieben: Wulff schützt im Bundesrat die Klientel von CDU und FDP vor Subventionsabbau beispielsweise in der Landwirtschaft oder bei den Grundstücks- und Aktienspekulanten und kürzt umso gnadenloser bei Behinderten, älteren Menschen und Schülerinnen und Schülern. Gleichzeitig wird langfristig die Zukunft Niedersachsens ruiniert, weil ausgerechnet in den Hochschulen des Landes bei Wissenschaft, Forschung und Technologie konzeptlos mit dem Rasenmäher gekürzt wird. Im Schulgesetz ist nichts mehr aufzufinden von den Versprechungen nach Durchlässigkeit und individueller Förderung. Stattdessen gibt es wieder ein beinhardtartiges dreigliedriges Schulsystem mit weit weniger Lehrern als versprochen.

Und statt mehr Sicherheit vor Straftätern werden Stellen für Richter und Staatsanwälte gestrichen und die Polizei muss Strafzettel für Zigarettenkippen verteilen. Gleichzeitig wird die Trennung zwischen Polizei und Geheimdienst wieder verwischt.

Wir erleben hier in Niedersachsen die Wiedergeburt der alten und reaktionären CDU der 80er Jahre mit jungen Gesichtern. Die Chance zu einer liberalen Korrektur nutzt die FDP an keiner Stelle. Eine liberale Partei gibt es in dieser Regierung nicht. Die FDP ist eine optische Täuschung und in Wahrheit ein willensloser Erfüllungsgehilfe. Wulff und seine CDU/FDP-Regierung haben den Menschen in Niedersachsen sehr viel versprochen und ebenso viel davon gebrochen. Das Motto des ersten Regierungsjahres von CDU und FDP lautet »Es gilt das gebrochene Wort.«



Sigmar Gabriel

Sigmar Gabriel
Fraktionsvorsitzender

Ein Jahr Christian Wulff – eine verheerende Bilanz

Als Christian Wulff am 4. März 2003 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, versprach er, Niedersachsen »voranzubringen«. Heute, ein Jahr später, wissen wir: Die neue Landesregierung ist auf dem besten Weg, das Land zurück in die 80er Jahre zu katapultieren. Egal ob in der Schul- oder in der Innenpolitik, im Bereich Soziales oder bei den Hochschulen: Wulff holt genau die Konzepte aus der Schublade, mit der eine CDU-geführte Landesregierung in Niedersachsen schon einmal gescheitert ist.

Entsprechend verheerend fällt denn auch die Bilanz nach einem Jahr aus:

- Unter maßgeblicher Beteiligung des niedersächsischen Ministerpräsidenten blockierten CDU und FDP im Vermittlungsausschuss den Subventionsabbau. Wulff ist also dafür mitverantwortlich, dass dem Land rund eine Milliarde Euro fehlen. Auf der anderen Seite

bekommt er den Haushalt nicht in den Griff: Trotz massiver Streichungen – noch nie hat eine Landesregierung beispielsweise bei den Hochschulen so massiv gekürzt – wird die Neuverschuldung in diesem Jahr auf über drei Milliarden Euro steigen. Das ist ein trauriger Rekord. Der Finanzminister hat außerdem bereits angekündigt, bis 2007 nur verfassungswidrige Haushalte vorzulegen.

- In der Schulpolitik setzt die neue Landesregierung ganz auf das dreigliedrige Schulsystem und ignoriert dabei geflissentlich die PISA-Ergebnisse. Von den vollmundigen Wahlkampfversprechungen, die Unterrichtsversorgung zu verbessern, ist nicht mehr viel zu hören: Faktisch bauen Wulff & Co. sogar Lehrerstellen ab, das ist glatter Wahlbetrug. Neue Ganztagschulen sind dem Kultusminister keinen müden Cent wert. Von der SPD eingeführte innova-

tive Schulkonzepte werden plattgemacht.

- Forsche Sprüche und populistische Stimmungsmache beherrschen das Bild in der Innenpolitik. Die Scharfmacher in der CDU-Fraktion haben auch deshalb leichtes Spiel, weil der kleine Koalitionspartner das Attribut »liberal« nun wirklich nicht verdient. Die Landesregierung streicht Stellen bei Richtern und Staatsanwälten, kürzt die bundesweit vorbildlichen Präventionsprogramme zusammen, um neue Polizisten einstellen zu können. Das ist ein merkwürdiges Verständnis von »innerer Sicherheit«.
- Besonders hart trifft die Politik der neuen Landesregierung die Kommunen. Vor der Wahl hatte Wulff noch versprochen, sie zu entlasten. Jetzt zeigt sich, dass die neue Landesregierung den

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung: Ein Jahr Christian Wulff ...

Städten und Gemeinden 200 Millionen Euro vorenthält. Das ist die Summe, die das Land nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe spart. Das gleiche Bild bei der Schulreform: Hier kommen durch die neuen Vorgaben aus Hannover immense Investitionskosten auf die Träger zu. Da ist es nur folgerichtig, dass das Kultusministerium den Kommunen auch bei der Beantragung von Bundesmitteln aus dem Ganztagsschul-Programm Steine in den Weg legt und Zuschüsse etwa für Lehrmittel oder die Hausaufgabenbetreuung zusammenstreicht.

Wulff geriert sich gerne als präsidialer Landesvater. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Landtag ein neuer Wind weht: Insbesondere der CDU-Fraktionsvorsitzende fällt immer wieder durch reaktionäre Pöbeleien und einen Umgang mit der Opposition auf, den man nur als vordemokratisch bezeichnen kann. Mit der heißen Nadel gestrickte Gesetze werden ohne Anhörung durch das Parlament gepeitscht, berechnete Proteste der Betroffenen oder verfassungsrechtliche Einwände mit eiskalter Schnoddrigkeit ignoriert.

In den vergangenen Wochen hat Wulff mit dreisten Lügen den Eindruck zu erwecken

versucht, die SPD-Landesregierung habe bei der Vergabe von Gutachten Fehler gemacht. Fakt ist aber: Wulff hat bereits jetzt fast doppelt so viel für Gutachten und Berater ausgegeben, wie aufs Jahr gerechnet die Vorgängerregierung.

Doch es formiert sich auch Widerstand. Noch keine Landesregierung hat nur ein Jahr nach Amtsantritt so viele Menschen auf die Straßen getrieben. Die SPD in Niedersachsen hat nach der bitteren Wahlniederlage vom Februar vergangenen Jahres auf Offensive umgeschaltet. Wir werden es nicht zulassen, dass Wulff und seine Truppe Niedersachsen zurück in die Vergangenheit führen.

Das schmutzige Spiel der CDU mit den Beraterverträgen

Im Landtag wird oft mit harten Bandagen gekämpft. Doch was sich die Landesregierung in der letzten Woche geleistet hat, ist schon außergewöhnlich: In einer beispiellosen Diffamierungskampagne versuchten Finanzminister Möllring und seine Helfer in der CDU-Fraktion den Eindruck zu erwecken, die SPD-Landesregierung habe dem Parlament Gutachter- und Beraterverträge verschwiegen. Es ist wohl kein Zufall, dass diese Kampagne wenige Tage vor dem ersten Jahrestag der Regierungsübernahme durch Christian Wulff gestartet wurde: Offensichtlich wollte die CDU von der verheerenden Bilanz ihrer Regierungspolitik ablenken.

Das Perfide an der CDU-Kampagne: Die Staatskanzlei ließ unter den Journalisten Gerüchte streuen, die weder die Medien,

noch gar die Betroffenen selbst überprüfen konnten. Wenn beispielsweise der Finanzminister erklärte, zu einem Beratervertrag in Sachen Mittelinstanz – dort ging es um die Frage, wie die Bezirksregierungen zu einem schlagkräftigen Regionalmanagement umgebaut werden können – gebe es keine Unterlagen, wird das natürlich von den Medien aufgegriffen. Wenn sich einen Tag später herausstellt, dass der Minister dreist gelogen hat, ist das höchstens noch eine Randnotiz wert.

Jetzt hat Wulffs Staatskanzlei noch einen draufgesattelt: Sie erklärte Unterlagen, aus denen Möllring wenige Tage zuvor im Landtag munter zitiert hatte, flugs für vertraulich. Ist das der »neue Stil« der Landesregierung, den Christian Wulff in seinen Sonntagsreden so gerne beschwört?

Beraterverträge – Chronik einer Diffamierungskampagne

- Am 25. Januar behauptet Christian Wulff bei »Sabine Christiansen«, die alte Landesregierung habe bei ihren Verträgen mit externen Beratern »Seilschaften, Kartelle und Beziehungsgeflechte« bedient. Einen Beleg für diese Unterstellung bleibt er bis heute schuldig.
- Am 6. Februar will sich Finanzminister Möllring als »Saubermann« präsentieren. Peinlich nur: Er muss eingestehen, dass die neue Landesregierung aufs Jahr gerechnet fast doppelt so viel für Berater ausgibt wie die alte.
- Am 11. Februar behauptet die CDU-Fraktion, die alte Landesregierung habe für ein Gutachten bezahlt, das gar nicht existiere. Inzwischen hat die Landesregierung eingestanden, dass in ihren Akten über 7.000 Seiten zu dem Thema vorliegen.
- Am 19. Februar behauptet Möllring, die alte Landesregierung habe dem Parlament bei der Beantwortung einer 2002 von der CDU gestellten Anfrage 141 Berater- und Gutachterverträge vorenthalten. Erst später legt er eine Liste vor, die zeigt: Die neue Landesregierung hat dabei selbst Druckaufträge für Broschüren mitgezählt. Obwohl er selbst einräumt, dass die CDU nach solchen Aufträgen gar nicht gefragt hatte, versucht er einen »Skandal« zu inszenieren.

Versprochen: Lehrereinstellungen

»Wir setzen trotz knapper Kassen die notwendigen Prioritäten und werden noch zum Schuljahresbeginn 2003 2.500 zusätzliche Lehrerstellen schaffen.« (Christian Wulff in seiner Regierungserklärung am 4. März 2003)

Tatsache ist:

- Bereits 11 Monate nach Regierungsantritt sind 700 Stellen gestrichen worden
 - nach den Plänen der Landesregierung fallen bis 2007 weitere 700 Stellen weg
 - Die Schulreform »kostet« weitere 1.161 Stellen.
- => Die 2.500 »neuen« Lehrerstellen sind eine reine Luftbuchung

Versprochen: Wissenschaft

- »Eine konsequente Hochschulpolitik macht unser Bundesland zukunftsfähig.« »Die notwendigen Investitionen schöpfen wir aus dem Zukunftsfonds Niedersachsen.« (Wahlprogramm der CDU)
- »Wir wollen die niedersächsische Fachhochschullandschaft gezielt ausbauen.« (Regierungserklärung Christian Wulff)

Tatsache ist:

- Die Landesregierung kürzt mit ihrem konzeptionslosen »Hochschuloptimierungskonzept« 50 Mio. Euro bei Wissenschaft und Forschung – soviel wie keine Regierung zuvor.
- Abbruch statt Ausbau: Die Fachhochschulstandorte Buxtehude und Nienburg werden geschlossen. Das von der alten Landesregierung entwickelte Konzept zum Ausbau der Fachhochschulen wird gestoppt.

Innere Sicherheit ohne Justiz? Starke Sprüche statt konsequenter Politik

Die Landesregierung organisiert ein umfassendes Roll-Back im Bereich innere Sicherheit. Erst vor kurzem war in der Bild-Zeitung zu sehen, was Geistes Kind Innenminister Schünemann ist: Da lässt sich doch ein Minister des Landes Niedersachsen tatsächlich dabei fotografieren, wie er bei einer Leibesvisitation von Tatverdächtigen zuschaut, die sich nackt ausziehen müssen. Wie sieht es denn mit dem Ver-

ständnis von Menschenwürde von Verdächtigen bei Innenminister Schünemann aus? Natürlich sind solche Leibesvisitationen notwendig. Natürlich kann auch der Innenminister als oberster Dienstherr mal qualifizierten Einblick in die Arbeit der Polizei nehmen. Aber dass ein deutscher Innenminister heute noch auf die Idee kommt, sich neben entkleideten Verdächtigen fotografieren zu lassen, ist ein starkes Stück.

nen. Kein Schildbürgerstreich, sondern traurige Realität der Politik von Wulff und Co. Sehr interessant ist übrigens, was der Niedersächsische Richterbund von diesem Maßnahmen hält:

»Die Landesregierung hat vor der Wahl betont, weitere Personaleinsparungen in der Justiz seien nicht mehr zu verantworten. Mit Enttäuschung hat der Niedersächsische Richterbund von diesem Kenntnis genommen, dass jetzt trotzdem rigorose Kürzungen geplant sind. Dies führt zu einer Gefährdung der Sicherheitslage. Die berechtigten Forderungen der Bürger nach zeitnaher Ahndung von Straftaten könnten nicht mehr erfüllt werden. Der Wirtschaftsstandort Niedersachsen wird nachhaltig beeinträchtigt, weil gerade mittelständische Unternehmen durch lange Wartezeiten bei der gerichtlichen Durchsetzung ihrer Forderungen in ihrer Existenz bedroht werden.«

Ein schlechteres Zeugnis kann man dieser Landesregierung kaum ausstellen.

CDU und FDP haben aus dem modernen niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz wieder das Sicherheits- und Ordnungsgesetz der achtziger Jahre gemacht. Offenbar soll die Polizei künftig der Bevölkerung auch einen möglicherweise unangenehmen Anblick etwa von Obdachlosen und Bettlern ersparen. Doch da haben wir Sozialdemokraten eine ganz andere Auffassung: Wem der Anblick von Bettlern und Obdachlosen unangenehm ist, von dem erwarte ich, dass er sozialpolitisch aktiv wird.

Die Gesellschaft muss in Not geratene Menschen unterstützen. Doch was tun CDU und FDP? Sie ändern das Pflegegesetz mit der Folge, dass noch mehr Menschen in die Sozialhilfe abgedrängt werden, und sie ändern das Polizeigesetz, um sich den Anblick von Obdachlosen und Bettlern zu ersparen. Diese Art von Politik ist skandalös.

Diese Beispiele zeigen, dass CDU und FDP gegenwärtig an einer Art von innerer Sicherheit arbeiten, die nichts mehr mit sozialer Sicherheit zu tun hat. Prävention, also die Vermeidung von Kriminalität, spielt keine Rolle mehr. Die Tatsache, dass die innere Sicherheit untrennbar mit der sozialen Sicherheit verknüpft ist, ist bei der CDU noch nicht angekommen.

Versprochen: Sprachförderung

Unter der Überschrift »Sprachförderung verbessern« heißt es im Wahlprogramm der CDU: »Die Vermittlung von Lese- und Sprachkompetenz ist eine Kernaufgabe. Als solche muss sie auch gefördert werden [...], schulbegleitende Förderungen müssen hinzukommen.«

Tatsache ist:

Für die dringend benötigte vorschulische Sprachförderung ausländischer Kinder steht kein einziger zusätzlicher Cent zur Verfügung. Die schulbegleitende Sprachförderung für ausländische Schüler/-innen wurde gestrichen, der muttersprachliche Unterricht um 13% gekürzt.

Versprochen: Lernmittelfreiheit

- »Die Zukunftschancen der jungen Generation dürfen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.« (Wahlprogramm der CDU)

Tatsache ist:

- CDU und FDP haben im Landtag die Abschaffung der Lernmittelfreiheit durchgesetzt. Damit kommen auf die Eltern pro Kind und Jahr Kosten zwischen 100 und 250 Euro zu.

Versprochen: Stärkung der kommunalen Finanzen

»Niedersachsen kann nur so stark sein wie seine Kommunen. [...] Wenn Bund und Länder den Kommunen Aufgaben zuweisen, müssen sie auch die erforderlichen Finanzmittel bereitstellen.« (CDU-Wahlprogramm)

Tatsache ist:

Die Landesregierung enthält den Städten und Gemeinden jährlich 200 Millionen Euro vor. Das ist die Summe, die das Land nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe spart. Die Kommunen fordern zu Recht, dass dieses Geld an sie weitergeleitet wird – die Landesregierung mauert.

Genau dieser Innenminister bastelt gerade an einer Neuorganisation der Polizei. Zuständigkeitsbereiche werden neu gestrickt, die Polizei wird aus der zivilen Vernetzung mit den Landkreisen herausgelöst, an der Spitze werden teure, aber leicht austauschbare politische Beamte installiert, damit sich Innenminister Schünemann bei Polizeipannen mit Bauernopfern den Rücken frei halten kann.

Ein Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt, dass das alles völlig überflüssig und unsinnig ist. Denn die Polizeireform der SPD-Landesregierung war überaus erfolgreich: Die Aufklärungsquote ist seit 1994 um satte 10 Prozent gestiegen. Die CDU hatte vor diesen Erfolgen der sozialdemokratischen Innenpolitik sogar soviel Angst, dass der Innenminister die Zahlen der Halbjahresstatistik während der Beratungen über das neue Polizeigesetz unter Verschluss halten wollte. Da steht nämlich drin, dass wir wieder – und zwar in der bisherigen Organisationsform der Polizei – einen neuen Rekord bei der Aufklärungsquote geschafft haben. Diese Zahlen zeigen, dass die sozialdemokratische Innenpolitik ein voller Erfolg war.

Unnötige Organisationsreformen sind für den Landeshaushalt teuer. Aber die Gefährdung der inneren Sicherheit in den Brennpunkten der Kriminalität, die kommt die Menschen in Niedersachsen teuer zu stehen.

Damit nicht genug: Die Justizpolitik der Landesregierung wird zunehmend selbst zum Sicherheitsrisiko: Die Justizministerin will 100 Stellen einsparen, davon allein fast 60 Richter und Staatsanwälte in Niedersachsen. Die SPD hat gerade in diesem Bereich nicht ohne Grund nach dem 11. September 2001 zusätzliche Stellen geschaffen. CDU und FDP müssen Richter und Staatsanwälte einsparen, damit sie zusätzliche Polizeianwärter einstellen kön-

Wulff muss nachsitzen! Bildungs- und Wissenschaftspolitik ohne Konzept

Christian Wulff hat vor der Wahl versprochen, die Schulen in den Mittelpunkt seiner Politik zu rücken. »Die Zukunftschancen der jungen Generation dürfen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern«, heißt es dazu noch im Wahlprogramm der CDU. Nach der Wahl war es dann aber eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung, die Lernmittelfreiheit abzuschaffen. Ein klarer Fall von Wahlbetrug! Doch nicht nur das: Durch den Neukauf von Schulbüchern kommen auf die Eltern zwischen 100 und 250 Euro pro Jahr und Kind zu. Was das mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat, sollte Herr Wulff einmal einer allein erziehenden Mutter von zwei Kindern mit 800 Euro netto erklären. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist jedenfalls klar: Lernmittelfreiheit ist Grundbestandteil jeder auf Chancengleichheit ausgerichteten Bildungspolitik. Das war im Übrigen auch der Grund dafür, dass die SPD direkt nach der Abwahl von Albrecht dafür gesorgt hat, dass die Lernmittelfreiheit eingeführt wurde.

Auch sein zweites zentrales Wahlversprechen hat Wulff eiskalt gebrochen: Er wollte die Unterrichtsversorgung verbessern und hat noch in seiner Regierungserklärung versprochen, 2.500 neue Lehrerstellen zu schaffen.

Und heute, ein Jahr danach? Die ersten 700 Stellen sind schon zum 1. Februar einkassiert worden. Bis zum Jahr 2007 fallen weitere 700 Stellen weg. Und Busemanns Schulreform bindet weitere 1.200 Lehrerinnen und Lehrer, die nicht für den Unterricht zur Verfügung stehen. Wenn man darunter einen Strich zieht, bedeutet das: De facto kürzt Busemann 600 Stellen! Die Eltern, die Schülerinnen und Schüler und auch die Lehrerinnen und Lehrer merken das schon heute. Sie alle fühlen sich von der Politik der Landesregierung im Stich gelassen.

Wie überall in der Politik der Landesregierung gehen auch in der Schulpolitik die meisten Sparmaßnahmen zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft:

- CDU und FDP streichen 280 Stellen für die Sprachförderung. Sie sind dafür verantwortlich, dass immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund die deutsche Sprache nicht richtig lernen können und damit aller Chancen auf Integration und sozialen Aufstieg beraubt werden.

- Obwohl 10 Prozent unserer Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen, machen CDU und FDP für 11.000 Schülerinnen und Schüler in unserem Land die Hausaufgabenhilfe platt.

Mit dem neuen Schulgesetz setzt die neue Landesregierung ganz auf das dreigliedrige Schulsystem und damit auf frühzeitige Sortierung. Wulff und Co. wollen die Erfolge der sozialdemokratischen Bildungspolitik der vergangenen Jahre wieder zurückdrehen. Denn sie glauben eben immer noch, dass die Bildungschancen jedes Einzelnen schon bei der Geburt feststehen sollten.

Es ist klar, dass ein vernünftiges Ganztagschulangebot entscheidend ist, um aus der PISA-Misere herauszukommen. Nur Ganztagschulen können Kindern aus problematischen sozialen Verhältnissen wirklich helfen und allein erziehenden Eltern eine berufliche Perspektive ermöglichen. Aber bei Wulff und seinem Kultusminister sind diese simplen Wahrheiten noch nicht angekommen. Sie stecken keinen einzigen Cent in den Ausbau der Ganztagschulen. Und obwohl die Bundesregierung dafür allein in Niedersachsen 400 Mio. Euro zur Verfügung stellt, legt die Landesregierung den Kommunen beim Abruf dieser Mittel Steine in den

Weg, wo sie nur kann. Dafür kann es nur einen Grund geben: Für CDU und FDP gehören die Mütter an den Herd und die Kinder an ihren Rockzipfel. Vielleicht sollte jemand mal Herrn Wulff sagen, dass Frau von der Leyen eine Ausnahme ist: Nicht jeder kann sich ein Kindermädchen leisten!

Versagt hat die Regierung auch in der Wissenschaftspolitik. Für das von der SPD gegen den Widerstand der Opposition durchgesetzte Hochschulgesetz haben wir bundesweit Lob geerntet – selbst vom politischen Gegner. Wir haben die Aufholjagd gegenüber dem Süden schon begonnen, als die CDU noch dachte, Niedersachsen könne allein als Agrarland in der Zukunft bestehen.

Und was macht die neue Regierung? Sie zerschlägt im internationalen Wettbewerb erfolgreiche Strukturen und kürzt insgesamt 50 Millionen Euro bei den Hochschulen und damit bei der Zukunft unseres Landes. Doch damit nicht genug: Wulff schließt ganze Fachbereiche in strukturschwachen Gebieten und baut tausende von dringend benötigten Studienplätzen ab. Geschont werden nur die Hochschulen, in deren Nähe der Ministerpräsident oder der Wissenschaftsminister wohnen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt ...

Versprochen – gebrochen

Wulff hat schon ein Jahr nach der Regierungsübernahme alle zentralen Wahlversprechen gebrochen. Als kleine Erinnerungsstütze für CDU und FDP wird die SPD-Fraktion ab dem 4. März, dem Jahrestag des Regierungswechsels, jede Woche ein konkretes Wahlversprechen aufgreifen und mit dem Regierungshandeln vergleichen. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.spd-landtag-nds.de.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag,
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover.

Redaktion: Tobias Dünow, Hannover, Tel.: 0511 – 3030 4013;
e-mail: SPDPRESSE@lt.niedersachsen.de

Internet: www.spd-landtag-nds.de

Layout und Satz: Andreas Schneider

sonderTIL »Thema im Landtag« erscheint in einer Auflage von 3.500 Exemplaren und wird kostenlos zum »Tag der offenen Tür 2004« verteilt.